

Yvonne Blos / Carmen Wabnitz

April 2026

Der Just-Transition- Mechanismus

Strategischer Hebel für sozial gerechte Übergänge weltweit



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung für Internationale Zusammenarbeit |
Referat für Globale und Europäische Politik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Konstantin Bärwaldt | Referat für Globale und Europäische Politik

Kontakt

Christiane Heun
Christiane.Heun@fes.de

Lektorat

Meiken Endruweit

Design/Layout

Brendle Grafik | Design, Stefanie Brendle

Titelbild

picture alliance/Science Photo Library | Andrzej Wojcicki

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfwzwecke verwendet werden.

April 2026

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-98628-865-5

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Yvonne Blos / Carmen Wabnitz
April 2026

Der Just-Transition- Mechanismus

*Strategischer Hebel für sozial gerechte
Übergänge weltweit*

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Die Entwicklung des Just-Transition-Mechanismus	5
3. Kernelemente für gerechte Übergänge weltweit	7
3.1 Arbeitnehmer_innen im Zentrum: ILO-Leitlinien und sozialer Dialog als Kern eines gerechten Übergangs	7
3.2 Just Transition als Hebel für Dekarbonisierung	8
3.3 <i>People-centric</i> : Menschenrechte und Partizipation als Umsetzungsbedingung	9
3.4 Ohne Geld keine Umsetzung: Anforderungen an eine sozial gerechte Finanzierungsarchitektur	10
4. Die Relevanz des Just-Transition-Mechanismus für die internationale Zusammenarbeit Deutschlands	12
5. Fazit	15
Literaturverzeichnis	16

1. Einleitung

Die klimaneutrale Transformation ist weiterhin die zentrale politische, ökonomische und gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens bedarf es tiefgreifender struktureller Veränderungen in nahezu allen Politikfeldern: angefangen bei Industrie- über Sicherheits- bis hin zu Sozialpolitik – und dies in einem historisch beispiellosen Tempo. Sie umfasst also keineswegs nur ökologische Fragen, sondern erfordert ein Neudenken von globalen Machtstrukturen, wirtschaftlichen Modellen wie auch alltäglichen Praktiken.

Die Transformation ist daher vor allem auch eine soziale Frage – nicht zuletzt auf Grund der massiven und schnellen Veränderungen, die hierfür nötig sind. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz, faire Lastenverteilung und ohne konkrete Perspektiven für Beschäftigte und betroffene Regionen wird ambitionierter Klimaschutz politisch nicht durchsetzungsfähig sein.

Just Transition als Voraussetzung ambitionierter Klimapolitik

Genau hier setzt das Konzept der Just Transition an. Es steht für die sozial gerechte Gestaltung von Transformationsprozessen. Nur durch einen Übergang, der angesichts dieser Herausforderungen sozial gerecht, fair und inklusiv organisiert wird, kann die Transformation gleichzeitig zu nachhaltiger Entwicklung führen und Armut sowie Ungleichheit bekämpfen. Politisch gesehen ist Just Transition eine zentrale strategische Voraussetzung für ambitionierten Klimaschutz. Nur so kann gesellschaftliche Akzeptanz hergestellt und das Risiko abgefedert werden, dass sich große Teile der Bevölkerung gegen diese notwendigen Veränderungen richten und die Polarisierung zunimmt.

Der Ursprung von Just Transition liegt in der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Dort haben die Gewerkschafter_innen in der Chemieindustrie, denen ein Jobverlust durch Umweltmaßnahmen drohte, diesen Begriff in den 1990er Jahren geprägt. Unter dem Schlagwort der Just Transition forderten sie menschenwürdige Arbeit, funktionierende soziale Sicherungssysteme, Qualifizierung und Weiterbildung, sozialen Dialog sowie die aktive Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen. Bis heute bilden diese Elemente den Kern des Just-Transition-Konzeptes.

Von der Idee zur institutionellen Verankerung

Im Bereich der internationalen Klimapolitik ist das Thema Just Transition vor allem seit 2015 präsent. Die Notwendigkeit sozial gerechter Übergänge beim Erreichen der Klimaziele wurde in die Präambel des Pariser Klimaabkommens aufgenommen. Im selben Jahr veröffentlichte die Internationale Arbeitsorganisation (*International Labour Organization – ILO*) ihre Leitlinien für gerechte Übergänge.¹ Bis heute bleiben sie der zentrale Referenzrahmen für die Transformation hin zu grünem und nachhaltigem Wachstum.

Mittlerweile wurde das Just-Transition-Konzept von diversen klimapolitischen Akteuren aufgegriffen und spielt seit der Erwähnung in der Präambel des Pariser Klimaabkommens am Rande der Klimakonferenzen immer wieder eine Rolle. Bis zur Klimakonferenz COP27 in Ägypten war das Thema jedoch nicht Teil der offiziellen Verhandlungsagenda. Erst dort wurde hierzu im November 2022 ein Arbeitsprogramm etabliert – das sogenannte *Just Transition Work Programme* (JTWP), das auf der darauffolgenden COP28 in Dubai mit entsprechendem Mandat und Modalitäten operationalisiert wurde. Das war ein entscheidender Schritt, um soziale Gerechtigkeit im Zentrum der internationalen Klimadiplomatie und in der UN-Klimarahmenkonvention (*United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC*) zu verankern. Auf der COP30 in Brasilien wurde im November 2025 trotz aller Widerstände beschlossen, dass ein Just-Transition-Mechanismus (JTM) auf internationaler Ebene entwickelt werden soll.

Diese Entwicklung ist auf unterschiedlichen Ebenen von großer Relevanz für die deutsche internationale Zusammenarbeit. Die internationale Klimapolitik befindet sich aktuell an einem entscheidenden Wendepunkt, weg von der diskursiven Ebene, hin zur konkreten Umsetzung. Zunehmend wird dabei deutlich, dass für eine faire und gesellschaftlich akzeptierte Umsetzung von klimapolitischen Maßnahmen Just Transition der zentrale Ansatz ist.

Gleichzeitig wird hierbei ein zentrales Dilemma deutlich. Denn während das Thema sich auf diskursiver Ebene nun fest etabliert hat, findet sich auf der Umsetzungsebene noch kein kohärentes Bild und viele Ansätze sind fragmentiert. Zudem sinken die Mittel für Entwicklungs- und Klimafinanzierung sowohl global als auch in Deutschland. Zuletzt hat

¹ <https://www.ilo.org/publications/guidelines-just-transition-towards-environmentally-sustainable-economies>

das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine bedeutende strategische Neuausrichtung vorgelegt, was die deutsche Zusammenarbeit partnerschaftlicher, strategischer und fokussierter machen soll. Der JTM bietet eine historische Chance, bestehende Initiativen zu bündeln, Synergien zu schaffen und gemeinsame Prinzipien zu definieren.

Ziel und Struktur des Papers

Das vorliegende Policy Paper zeigt auf, wie insbesondere Deutschland den auf der COP30 beschlossenen Mechanismus für Just Transition strategisch nutzen kann, um die Ziele globaler Kooperation und internationaler Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Klimapolitik, aber auch darüber hinaus voranzubringen. In einem ersten Schritt werden der aktuelle Stand der Verhandlungen sowie die Ergebnisse der COP30 mit Blick auf die Entwicklung des Mechanismus beschrieben und analysiert. Daran anknüpfend skizzieren wir die inhaltlichen Kernelemente, die ein solcher Mechanismus aus unserer Sicht voranbringen sollte. Abschließend werden Relevanz und Bedeutung des Mechanismus für Just Transition mit Blick auf die internationale Zusammenarbeit der deutschen Bundesregierung herausgestellt und politische Handlungsempfehlungen abgegeben.

2. Die Entwicklung des Just-Transition-Mechanismus

Die internationale Zivilgesellschaft – von Gewerkschaften, über Umweltorganisationen und Jugendbewegungen – feierte die vergangene Weltklimakonferenz (COP30) als historischen Sieg für soziale Gerechtigkeit. Grund dafür ist das Mandat, bis zur nächsten Weltklimakonferenz COP31 in der Türkei einen globalen Just-Transition-Mechanismus zu entwickeln.

Just Transition innerhalb von UNFCCC

Dieser historische Entscheid reiht sich in die längere Entwicklung des Just-Transition-Konzeptes innerhalb der Klimagovernance-Architektur ein. Diese hat insbesondere in den vergangenen Jahren eine bedeutende Beschleunigung erfahren. Wie eingangs beschrieben, wurde die soziale Dimension von Klimafragen 2022 auf der COP27 in der internationalen Klimapolitik institutionalisiert – mit der Etablierung des JTWP. Seitens der Gewerkschaften und Klimagerechtigkeitsbewegungen wurde dies als Meilenstein für einen sozial gerechten Klimaschutz gefeiert. Im Rahmen von zwei jährlichen Dialogen und einem jährlichen Ministerialdialog, sollen so sieben zentrale Elemente des Just-Transition-Konzeptes vorangebracht werden.

Anfangs wurde das JTWP innerhalb der Zivilgesellschaft als erfolgsversprechend angesehen, geriet in den folgenden Jahren aber zunehmend in die Kritik. Bloßer Wissensaustausch reichte nicht, um die sich durch die Klimakrise und fehlgeleitete Klimaschutzpolitik verstärkenden Ungerechtigkeiten zu adressieren. Es benötigte greifbare, konkrete Ergebnisse des Arbeitsprogramms – so führende zivilgesellschaftliche Stimmen.² Die Verhandlungen zum JTWP 2024 in Baku auf der COP29 scheiterten allerdings. Insbesondere in Bezug auf die Finanzierung, aber auch bei der größeren Frage nach der Eingrenzung des Just-Transition-Konzeptes konnten die Staaten keinen Konsens finden. Entwicklungen innerhalb des UNFCCC sind jedoch nie isoliert voneinander zu betrachten. Sie sind immer Teil eines größeren Aushandlungsprozesses und somit kann das Scheitern nicht nur mit Problemen innerhalb der JTWP-Verhandlungen erklärt werden.

Parallel zu diesen Entwicklungen wird die Rolle und Struktur des UNFCCC selbst immer stärker zum Objekt von Reform-

debatten. Veteranen der Klimadiplomatie sind sich mehrheitlich einig, dass die Phase der Norm- und Zielsetzung größtenteils beendet ist und es nun in die Phase der Umsetzung gehen müsse.³ Zuletzt wurde diese Entwicklung durch die brasilianische COP-Präsidentschaft mit dem Anspruch weitergetrieben, eine »Implementierungs-COP« zu sein. Hier setzt auch die Idee eines Just-Transition-Mechanismus an – als Koordinierungsinstrument mit dem klaren Fokus auf der Umsetzung von nationalen Just-Transition-Strategien.

Der Belem Action Mechanism

Vor diesem Hintergrund entwickelte ein breiter Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Akteure – namentlich Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie feministische und Jugendbewegungen, – den *Belem Action Mechanism for Just Transition* – kurz BAM. Dieser soll u. a. bestehende Initiativen und Akteure im Bereich Just Transition koordinieren, aber auch gezielt vulnerable Länder unterstützen.⁴

Bereits in den Vorverhandlungen zur COP30 im Juni 2025 nahmen Staaten klar Stellung zu einem potenziellen neuen Mechanismus. Während die Länder der Gruppe 77 + China (G77 + China, alle 1992 als Entwicklungsländer geltende Staaten) einen solchen begrüßten, äußerten die Staaten des Globalen Nordens Skepsis bis vollständige Ablehnung. Sie führten an, dass ein neues Organ eine bloße Doppelung bestehender Strukturen sei, welche das UN-System weiter, auch finanziell, überfrachte.

Auf der Weltklimakonferenz in Belém im November 2025 wurde der BAM zum Herzstück der zivilgesellschaftlichen Kampagne und zum zentralen Gegenstand der JTWP-Verhandlungen. Während es anfangs so aussah, als seien die Positionen verhärtet wie zuvor, so zeichnete sich verstärkte Offenheit gegenüber einem neuen Organ ab. Ergebnis der COP30 war letztendlich das Mandat, einen Just-Transition-Mechanismus zu entwickeln, welcher formal auf der nächsten Weltklimakonferenz COP31 in der Türkei im November 2026 angenommen werden soll. Zudem enthält der Text eine Liste zentraler Elemente von Just Transition. Obwohl diese aus zivilgesellschaftlicher Sicht unvollständig

2 <https://climatenetwork.org/2025/11/10/1000-organisations-call-for-a-people%E2%80%91centred-just-transition-at-cop30>.

3 <https://www.germanwatch.org/de/blog/die-neue-natur-der-cops>.

4 <https://climatenetwork.org/resource/discussion-paper-belem-action-mechanism-october-2025>.

ist, bietet sie dennoch einen Anhaltspunkt für die inhaltlichen Schwerpunkte eines Mechanismus.

Der Just-Transition-Mechanismus als Antwort auf Defizite in der globalen Just-Transition-Landschaft

Die bis dato detaillierteste Ausformulierung von Struktur, Komposition und Mandat eines globalen Just-Transition-Mechanismus entstammt der Zivilgesellschaft. Das Policy Paper orientiert sich daher an diesem Vorschlag des BAM und stellt seine zentralen inhaltlichen und strukturellen Elemente vor.⁵

Der BAM intendiert, strukturelle Lücken und Hindernisse in der globalen Just-Transition-Landschaft zu schließen. Diese wurden sowohl von Zivilgesellschaft, Verhandler_innen aber auch Expert_innen wiederholt identifiziert und können grob in drei Elemente gegliedert werden: Fragmentierung, Inkohärenz sowie fehlende Mittel. Unzählige Just-Transition-Prinzipien, Initiativen wie auch Akteure existieren bereits. Die fehlende Koordinierung erschwert die kohärente Einhaltung von gewissen Just-Transition-Prinzipien. Diese fehlende Koordinierung manifestiert sich zudem in einer oftmals ineffizienten Vergabe von bereits unzureichenden finanziellen Ressourcen.

Diese Hürden sollen durch drei zentrale Funktionen des Mechanismus adressiert werden. Diese Funktionen sind nicht mehr ausschließlich ein Vorschlag der Zivilgesellschaft, sondern in Teilen bereits im Text der COP30 verankert. Dort heißt es, ein Mechanismus zur Verbesserung der internationalen Kooperation (Finanzierung, Technologie-Transfer und Kapazitätsaufbau) sowie des Wissensaustausches soll entwickelt werden. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass ein neuer Mechanismus keinesfalls bestehende Strukturen replizieren sollte oder einen neuen Finanzierungstopf darstellt. Die Funktionen sind gezielt als Antwort auf bestehende Defizite entwickelt worden.

→ **Koordination:** Informationen zu bestehenden Just-Transition-Initiativen sollen gebündelt werden. Dies dient als Grundlage um systematisch Lücken, Überschneidungen und Widersprüche zu identifizieren und daraus Empfehlungen für künftige Partnerschaften und Unterstützungsangebote abzuleiten. Eine solche Governancestruktur adressiert sowohl das Problem der Fragmentierung wie auch das der Inkohärenz.

→ **Wissensaufbau und -austausch:** Diese Funktion baut auf dem bestehenden JTWP als Plattform für Wissensaustausch auf, soll diesen Austausch allerdings strukturieren, aufbereiten und umsetzungsorientierter gestalten. Bisheriges Peer-Learning ermöglichte es Ländern, von guten wie schlechten Erfahrungen zu lernen und so

Fehler nicht zu wiederholen. Außerdem sieht der Vorschlag eines BAM vor, Wissenslücken zu schließen und unterschiedliche Expert_innen in Form eines Expert_innen-netzwerkes in den Peer-Learning-Prozess zu integrieren. Auch diese Funktion zielt darauf ab, die Fragmentierung bestehender Initiativen abzubauen und gezielt Kapazität durch gemeinsames Lernen aufzubauen.

→ **Unterstützung:** Die Unterstützungsfunktion soll insbesondere Länder des Globalen Südens dazu befähigen, ihre Just-Transition-Strategien umzusetzen. Vorgeschlagen werden eine Bündelung bestehender Unterstützungsmöglichkeiten: eine Matchmaking-Plattform, um Geber und Projekte zusammenzubringen, und ein konsolidierter Helpdesk bestehend aus Expert_innen als Anlaufstelle für Länder bei konkreten Fragen und Bedarfen. Folglich zielt diese dritte Funktion darauf ab, die Lücken bei nichtverschuldungserhöhender Finanzierung, Technologiezugang und Kapazitätsaufbau zu schließen.

Viele der Hindernisse für die Implementierung von Just Transition können durch einen internationalen Mechanismus mit den zuvor benannten Funktionen angegangen werden. Allerdings nicht alle. Die Lücke zwischen ambitionierter Rhetorik und hinkender realer Umsetzung ist nicht nur auf technokratische Probleme zurückzuführen, sondern in Teilen auch auf das breite, nicht klar umrissene Konzept der Just Transition. Daher soll der Mechanismus laut Zivilgesellschaft Raum für die Konkretisierung von Just-Transition-Leitlinien schaffen und diese konsequent in der Umsetzung verankern. Ohne Standards warnen viele vor einem Déjà-vu der Greenwashing-Inflation der 2010er Jahre – diesmal allerdings unter dem Schlagwort »Justice-Washing«.⁶

⁵ Ebd.

⁶ <https://social-policy.org.uk/spa-blog/cop27-just-transition-washing>.

3.

Kernelemente für gerechte Übergänge weltweit

Die benannten Barrieren für die Umsetzung von Just Transition – Fragmentierung, Inkohärenz und fehlende Mittel – lassen sich nicht allein durch Koordinierung und technische Ansätze lösen. Eine grundlegende Ursache liegt in der fehlenden gemeinsamen Auslegung des Just-Transition-Konzeptes: Solange unterschiedliche Akteure unter demselben Begriff fundamental verschiedene Prioritäten verstehen, bleibt kohärentes Handeln strukturell erschwert. Die Verständigung auf gemeinsame Kernelemente ist daher zentral für den Erfolg eines Mechanismus.

Dabei besteht die Herausforderung darin, Elemente zu artikulieren, die als klare Leitlinien dienen und zugleich unterschiedlichen nationalen Kontexten angepasst werden können. Im Folgenden werden daher keine detaillierten, präskriptiven Standards formuliert, sondern Mindestanforderungen an jede Just Transition. Diese greifen Elemente unterschiedlicher bereits existierender Prinzipien auf und speisen sich zudem aus Erkenntnissen der UNFCCC-Verhandlungen sowie Hintergrundgesprächen mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Vertreter_innen.

3.1 Arbeitnehmer_innen im Zentrum: ILO-Leitlinien und sozialer Dialog als Kern eines gerechten Übergangs

Das Just-Transition-Konzept ist, wie eingangs erwähnt, historisch in den Gewerkschaften verankert. Sie definieren Just Transition explizit als arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Projekt. Der Genese des Konzeptes geht die Erkenntnis voraus, dass Klimaschutz mit erheblichen Einschnitten im Arbeitsmarkt einhergehen wird. Studien prognostizieren zwar einen Netto-Jobgewinn durch die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze in aufkommenden, sauberen Technologien.⁷ Die absoluten Zahlen allein zu betrachten, ist jedoch unzureichend. Neue Jobs erfordern oftmals neue Fähigkeiten, Qualifizierungen und Standortwechsel. Diese Transformation bedarf eines (sozial-)politischen Managements, das die betroffenen Arbeitskräfte und Gemeinschaften in den Vordergrund stellt – ein Prinzip, das der Mechanismus durch Sammeln von Good-Practice-Beispielen, durch Peer-Learning aber auch durch dezidierte Unterstützung skalieren kann.

Die Just-Transition-Richtlinien der ILO fassen, wie in der Einleitung erwähnt, diesen Anspruch an einen sozial ge-

rechten Strukturwandel in ein kohärentes Rahmenwerk zusammen. Jedoch sind sie nicht als Blaupause, sondern als kontextsensible Mindeststandards für den sozial-gerechten ökologischen Wandel zu verstehen.

Für den Kontext des Just-Transition-Mechanismus lassen sich drei zentrale Säulen aus den ihnen ableiten:

- **Menschenwürdige Arbeit:** Sicherung menschenwürdiger Jobs, die emissionsintensive Arbeitsplätze nicht nur ersetzen, sondern qualitativ verbessern, inklusive der Anerkennung von Care-Arbeit;
- **Tripartiter Dialog:** institutionalisierte Beteiligungsmodelle von Arbeitnehmer_innen, Arbeitgebern und Staat;
- **Soziale Sicherung:** soziales Auffangnetz im Falle von Arbeitslosigkeit oder weiteren krisenbedingten Schocks.

Dass der Umgang mit Arbeitsplatzverlust und grüner Wertschöpfung keine rein numerische Frage ist, liegt auf der Hand. Kritische Stimmen aus Zivilgesellschaft und Gewerkschaften mahnen, dass wirtschaftliche Transformation nicht in einem schlichten Tausch fossiler gegen »saubere« Arbeit enden darf. Zugleich betonen sie die bestehende Chance, menschenwürdige und sichere Arbeit zu schaffen.

Der Tripartismus, gelebt in der ILO, gilt als institutionelle Säule der Just Transition. Anders als in einfacher Beteiligung jeglicher Betroffenen, definiert sich der tripartite Dialog durch die Beteiligung von Beschäftigten, deren Arbeitgebern und der Regierung sowie ihrer Gleichstellung innerhalb der Verhandlungen.

Soziale Sicherungssysteme sind das unsichtbare, aber entscheidende Fundament eines jeden Strukturwandels. Sie wirken nicht nur als Auffangnetz beim Übergang von alten zu neuen Industrien und sichern Lebensgrundlagen bei Klimaanpassung, sondern sie schaffen zugleich die Grundlage, die Menschen befähigt, aktiv an wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozessen teilzuhaben. Insbesondere die geringverdienenden Länder benötigen Unterstützung im Aufbau krisenresistenter sozialer Sicherungssysteme. Eine zentrale Herausforderung wird dabei sein, die oft großen Anteile der im informellen Sektor arbeitenden Bevölkerung adäquat zu unterstützen und einzubinden.

⁷ <https://www.weforum.org/press/2025/11/green-transition-to-add-9-6-million-jobs-globally-by-2030-but-risks-creating-new-economic-divides-a8aea0c5f1>.

Mittlerweile gelten die ILO-Leitlinien als zentral für Regierungen und Zivilgesellschaft, um Übergänge für Arbeitnehmer_innen in betroffenen Industrien zu gestalten und neue, menschenwürdige Jobs zu schaffen. Folglich kommt den ILO-Richtlinien und der ILO selbst eine Schlüsselrolle im Just-Transition-Mechanismus zu. Die ILO bietet nicht nur eine normative Leitschnur, sondern auch ein breites Repertoire an Unterstützungsangeboten für den Strukturwandel, die hier an zentraler Stelle integriert werden sollten.

Deutschland hat sich innerhalb des UNFCCC-Prozesses bereits maßgeblich für eine arbeiterzentrierte Auslegung der multilateralen Just-Transition-Kooperation eingesetzt. Dies spiegelt sich in konkreten Projekten zu Beschäftigung in der internationalen Zusammenarbeit wider – darunter die BMZ-Sonderinitiative »Gute Beschäftigung für sozial gerechten Wandel.«⁸ Der Just-Transition-Mechanismus bietet nun die Chance, diese an die ILO-Leitlinien geknüpften Werte systematischer in der internationalen Zusammenarbeit umzusetzen. Deutschland als Land mit starken Arbeitsstandards, einer aktiven Sozialpartnerschaft und großen Gewerkschaftsbewegung kann hier international eine Vorreiterrolle einnehmen.

3.2 Just Transition als Hebel für Dekarbonisierung

Das Kernmandat eines UNFCCC-Just-Transition-Mechanismus ist es, die Umsetzung der Pariser Klimaziele auf gerechte und sozial inklusive Weise voranzutreiben. Dabei geht es nicht allein um die Abfederung wirtschaftlicher Härten im Zuge der Dekarbonisierung, sondern um eine proaktive Gestaltung des Übergangs.

Obwohl die Integration der Klima- mit der Entwicklungs- und Sozialagenda in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte gemacht hat, besteht auf beiden Seiten nach wie vor ein Silo-Denken. Just Transition wird zu häufig als »Accessoire« der Klimapolitik behandelt, anstatt von Anfang an strukturell in deren Design verankert zu werden. Umgekehrt werden in Just-Transition-Projekten die Pariser Ziele nicht konsequent als Leitplanke gesetzt.

Was die Sicherung unserer Lebensgrundlagen erfordert, ist keine gegenseitige Abschottung der Agenden, sondern ihre wechselseitige Verstärkung. Zum einen können die Zielgrößen der Just Transition – darunter gute Arbeit, soziale Sicherung und der Erhalt, wenn nicht die Verbesserung der Lebensgrundlagen – nur in Verbindung mit beschleunigter Treibhausgasreduktion und Klimaanpassung dauerhaft realisiert werden. Ohne ausreichende Minderung werden die sozialen Kosten der Klimakrise jede Gerechtigkeitsdividende übersteigen. Zum anderen ist Klimapolitik ohne Just-Transition-Ansatz politisch nicht überlebensfähig. Frankreich ist

dafür ein eindrückliches Beispiel: Die Gelbwestenproteste entflammten infolge einer Klimaschutzmaßnahme ohne Kompensationsmechanismus für einkommensschwache Haushalte. Dies verdeutlicht ein zentrales Problem: Soziale Kompensation wurde als politisches Zugeständnis nachgereicht, nicht als integraler Bestandteil des klimapolitischen Instrumentariums geplant.

Die unzureichende Ambition in der Dekarbonisierung ist längst keine Folge primär ideologischer Überzeugungen mehr, sondern begründet sich in unterschiedlichen Kontexten durch komplexe Zusammenspiele multipler Faktoren: Abstiegs- und Wettbewerbsängste, fossile Lobby-Interessen oder aber im Globalen Süden vermehrt unmittelbare Entwicklungsprioritäten und fehlende Umsetzungsmittel. Auf diese unterschiedlichen Herausforderungen bietet der Just-Transition-Ansatz wertvolle und dringend notwendige Antworten.

Zum einen stellt strukturierte Multi-Stakeholder-Partizipation die Bedarfe der Menschen in den Vordergrund und kann so gesellschaftliche Akzeptanz für Klimapolitik schaffen. Zum anderen trägt ein gut gestalteter Just-Transition-Pfad dazu bei, dass Entwicklungsprioritäten und Klimaziele nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Die Verbindung von SDGs und Klimazielen wird somit zur überlegenen Langzeitstrategie: Länder, die früh in erneuerbare Energien und grüne Industrien investieren, können sich langfristig Wettbewerbsvorteile sichern und Energiezugang sowie -sicherheit besser garantieren – auch wenn damit anfangs Investitionen verbunden sind.

Diese breitere Nachhaltigkeitsagenda setzt voraus, dass die Pariser Klimaziele nicht auf die 1,5 Grad reduziert werden, sondern gleichermaßen auch die Anpassung an die bereits heute verheerenden Klimafolgen in den Blick genommen werden. In den vergangenen Jahren hat der Ansatz von »*transformational adaptation*« an Popularität gewonnen. Dies bedeutet, Anpassung nicht ausschließlich reaktiv zu denken, sondern proaktiv resiliente Gesellschaften aufzubauen. Der Just-Transition-Ansatz kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, etwa durch den Aufbau zukunftsfähiger Kompetenzen, die Stärkung lokaler Wertschöpfungsketten und die Einbindung betroffener Gemeinschaften in die Planung von Anpassungsinfrastruktur. Just Transition erhebt dabei keinen Anspruch, die gesamte Klimaagenda zu umfassen. Wo das Konzept jedoch integriert wird, kann es dazu beitragen, dass Minderungs- und Anpassungsziele sozial gerecht und nachhaltig erreicht werden.

Wir stehen bei dieser Integration keineswegs am Anfang. Bereits knappe 80 Prozent der neu eingereichten national festgelegten Beiträge (Nationale Klimapläne, engl. *nationally determined contributions* – NDCs) erwähnen Just Transition – allerdings in unterschiedlicher Tiefe. Viele beschränken sich auf eine rein deklaratorische Erwähnung,

⁸ <https://www.bmz.de/de/themen/sonderinitiative-gute-beschaeftigung-sozial-gerechter-wandel>.

ohne konkrete Maßnahmen, Zielpfade oder Finanzierungsangaben.⁹

Auch die NDC-Partnership (ein multilaterales Programm, das Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer nationalen Klimapläne unterstützt) verzeichnet eine wachsende Zahl an Unterstützungsanfragen zur Integration von Just-Transition-Prinzipien in nationalen Klimaplänen. Deutschland ist hier der größte bilaterale Unterstützer im Bereich Just Transition.¹⁰ Innerhalb eines Just-Transition-Mechanismus kann Deutschland daher entscheidend zu der gegenseitigen Integration von Pariser Klimazielen und Entwicklungsprioritäten beitragen. Ein im UNFCCC verankerter Just-Transition-Mechanismus kann diese synergetischen Wechselwirkungen katalysieren

3.3 *People-centric*: Menschenrechte und Partizipation als Umsetzungsbedingung

Das Just-Transition-Konzept ist kein rein technokratisches Strukturwandelprogramm. Im Gegenteil, es rückt den Menschen und seine Rechte ins Zentrum der Transformation unserer Wirtschaften und Gesellschaften. Unter dem Schlagwort *people-centric*, also einem menschenzentrierten Ansatz, haben sich auch die UNFCCC-Mitgliedstaaten diesem normativen Ziel verschrieben.¹¹ Was diese zunächst leere Wort-hülse umfasst, wurde bereits in der letzten COP-Entscheidung konkretisiert, jedoch noch nicht in Verbindung mit der Arbeit des zukünftigen Mechanismus gebracht. Für den Erfolg des Just-Transition-Mechanismus bleiben also gewisse Mindestanforderungen an die Umsetzung von partizipativen und inklusiven Transformationsprozessen entscheidend. Zwei unabdingbare Säulen stellen dabei die Wahrung der Menschenrechte und partizipativer Prozesse dar.

Die Transformation bedeutet zugleich eine Abkehr von fossilen Strukturen, wie auch den Aufbau einer neuen Ökonomie. Während Ersteres die Grundlage für die Wahrung der Menschenrechte darstellt, können Übergangsmaßnahmen selbst Auswirkungen auf diese universellen Rechte haben – negativ wie positiv. Ein prägnantes Beispiel ist der Abbau von Lithium für Batteriespeicher, dessen intensiver Wasserverbrauch die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung gefährdet. Zugleich stärkt die Elektrifizierung des Verkehrssektors das Recht auf eine saubere Umwelt. Diese Ambivalenz zeigt: Die Transformation kann Menschenrechte schützen oder untergraben. Welches Szenario zutrifft, ist eine Frage der politischen Gestaltung. Daher gilt es, die allgemeinen Menschenrechte als Mindeststandards in jedem Just-Transition-Projekt zu verankern. Dabei müssen vulnerable Gruppen besonders berücksichtigt werden. Vulnerabilität ist stark kontextsensibel. Dennoch verdienen vier Gruppen auf Grund ihrer gesellschaftlichen Rollen im

Kontext des gerechten Übergangs besondere Aufmerksamkeit:

→ **Indigene Bevölkerungsgruppen** sind besonders von neuen, potenziell extraktivistischen Aktivitäten im Namen des grünen Wandels betroffen – etwa dem benannten Abbau von Lithium. Das Prinzip des *Free, Prior and Informed Consent* bietet den etablierten völkerrechtlichen Rahmen zu der Beteiligung indigener Gruppen.

→ **Weiblich gelesene Personen** sind überproportional in informeller und unbezahlter Care-Arbeit tätig und bleiben dadurch oft strukturell unsichtbar in der Transformation. In vielen Ländern des Globalen Südens sind Frauen zudem vermehrt in der Landwirtschaft beschäftigt, einem Sektor, der durch den Klimawandel und durch Transformationsmaßnahmen besonders betroffen ist. Notwendig ist daher ein explizit gender-transformativer Ansatz, der nicht nur Benachteiligungen berücksichtigt, sondern auch ihre strukturellen Ursachen angeht.

→ **Kinder und Jugendliche** sind die Arbeitskräfte von morgen – und zugleich diejenigen, die am längsten mit den Konsequenzen heutiger Klima- und Anpassungspolitiken leben werden. Investitionen in Bildung und Qualifizierung sind deshalb ein zentrales Element gerechter Transformation. Sie ermöglichen jungen Menschen, an der neuen Ökonomie teilzuhaben.

→ **Menschen in einem Beschäftigungsverhältnis** werden aufgrund der Entstehungsgeschichte des Just-Transition-Konzepts im folgenden Abschnitt gesondert behandelt. Die universellen Menschenrechte bilden dabei das Fundament, auf dem Arbeiterrechte aufbauen.

Rechte allein genügen allerdings nicht, sie müssen in lokale Gegebenheiten übersetzt werden. Damit eine Just Transition tatsächlich den Menschen in seiner Lebensrealität in den Mittelpunkt stellt, benötigt es partizipative Prozesse, die Rechte in Realität umsetzen. Um diesen Anspruch zu erfüllen, braucht es eine umfassende Beteiligung in allen Phasen der Transformation. Von der Entwicklung über die Implementierung bis zur Evaluierung von Maßnahmen. Das schafft nicht nur bessere Politiken, sondern kann zugleich als Rechenschaftsmechanismus fungieren.

Dies erfordert, dass lokale Gemeinschaften befähigt werden, Entscheidungen aktiv mitzugestalten, etwa durch Kapazitätsaufbau und kreative, niedrigschwellige Beteiligungsformate.

Ein solch menschenzentrierter Ansatz ist keineswegs ein rein ideeller Anspruch. Er ist die Voraussetzung für das Gelingen des sozial gerechten Wandels. Wie bereits erläutert, kann ein partizipativer Prozess Akzeptanz schaffen. Politiken, die gemeinsam gestaltet werden und sich an den tatsächlichen

⁹ <https://www.ilo.org/sites/default/files/2026-01/Mapping%20NDC%203.0.%20global%20trends.pdf>.

¹⁰ <https://ndcpartnership.org/sites/default/files/2025-12/just-transition-insight-brief.pdf>.

¹¹ https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma7_5_UAE%20JTWP_auv.pdf.

Bedarfen der Menschen ausrichten, genießen Legitimität, was für ihren langfristigen Erfolg unabdingbar ist. Zusätzlich ermöglicht erst die Einbindung der Betroffenen die Entwicklung effektiver Maßnahmen. Ihr lokales Wissen spielt hier eine entscheidende Rolle in der Entwicklung kontextgerechter Projekte. Diese Erkenntnisse wurden wiederholt von nationalen Delegationen in fachlichen Dialogen innerhalb des JTWP geteilt und fußen somit auf empirischer Erfahrung.¹²

Der JTM bietet also eine strategische Gelegenheit, den normativen Anspruch an die deutsche internationale Zusammenarbeit, aber auch Werte wie Menschenrechte und Partizipation global zu verankern. Zudem kann Deutschland Lehren aus der eigenen Umsetzung in internationale Fachdialoge einbringen – etwa aus der deutschen Kohlekommission. Gleichzeitig kann Deutschland von Erfahrungen anderer Länder lernen und so den sozialen Klimaschutz auch national voranbringen. Denn internationale Glaubwürdigkeit steht und fällt mit kohärenter Umsetzung im eigenen Land.

Entscheidend bleibt zudem die Governance des Mechanismus selbst: Deutschland sollte seine COP30-Forderung nach einem inklusiven Design – durch institutionalisierte Vertretung der Zivilgesellschaft – weiterführen und so sicherstellen, dass der Mechanismus tatsächlich *people-centric* wird.

3.4 Ohne Geld keine Umsetzung: Anforderungen an eine sozial gerechte Finanzierungsarchitektur

Finanzierung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für einen gerechten Übergang. Finanzierungsstrukturen sind nie neutral: Sie können Transformationsprozesse ermöglichen oder behindern. Damit ist die Qualität der Finanzierung mindestens so entscheidend wie ihre Quantität. Qualität bedeutet in diesem Zusammenhang mehr als nur Volumen. Sie umfasst die Zugänglichkeit der Mittel, die Konditionalitäten ihrer Vergabe sowie die Governance der zugrundeliegenden Finanzierungsmechanismen. Qualitativ hochwertige öffentliche Finanzierung bildet daher die vierte zentrale Säule jeder Just Transition.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass es strukturell ungeeignet ist, für die Finanzierung der sozialen Komponenten des Übergangs – darunter soziale Sicherung, Qualifizierungsmaßnahmen oder Partizipationsplattformen – primär auf private Mittel zu setzen. Privates Kapital folgt einer Investitionslogik: renditegeleitet, kurzfristig orientiert und mit der Tendenz, soziale Kosten zu externalisieren. Es ist damit nicht kompatibel mit der Gerechtigkeitslogik, die Just Transition erfordert. Öffentliche Ressourcen hingegen finanzieren bereits heute, wenn auch in unterschiedlichem

und häufig unzureichendem Umfang, erfolgreich eben jene Maßnahmen. Öffentliche Finanzierung sollte daher die strukturelle Basis jedes Just-Transition-Projekts bilden.

Ein Ansatz, der den öffentlichen Sektor und die öffentliche Finanzierung priorisiert, entfaltet seine Wirkung jedoch nur unter bestimmten Bedingungen. Erstens muss eine Finanzierung zugänglich gestaltet sein. Just Transition ist kontextabhängig und lokal verankert. Mittel, die aufgrund bürokratischer Anforderungen oder mangelnder institutioneller Kapazitäten faktisch unerreichbar bleiben, entfalten keine befähigende Wirkung. Zweitens müssen soziale Prinzipien in die Governance von Finanzierungsmechanismen selbst eingebettet werden. Partizipation als zentrales Prinzip von Just Transition endet nicht bei der Projektplanung – sie muss sich auch in den Entscheidungsstrukturen über Finanzierungsprioritäten widerspiegeln. Nur so lässt sich strukturell verhindern, dass soziale Standards in Finanzierungsverhandlungen marginalisiert werden.

Neben den konkreten Anforderungen an öffentliche Mittel muss auch der breitere Kontext betrachtet werden. Die nationalen Transformationen sind keine isolierten Prozesse, sie sind vielmehr untrennbar von historischen Ungerechtigkeiten sowie einer immer noch asymmetrischen internationalen Finanzarchitektur, die insbesondere für Länder des Globalen Südens ein massives Hindernis in der Umsetzung ihrer gerechten Übergänge darstellt. Massive Verschuldung führt bereits heute dazu, dass zahlreiche Länder mehr für Zinsentilgung als für Gesundheit und Bildung zusammen ausgeben.¹³ Solche Austeritätsprogramme unterminieren die Grundlage eines gerechten Übergangs wie soziale Sicherungssysteme und ausreichend staatliche Mittel, um die Gesellschaften im Übergang hin zu einer grünen Wirtschaft zu unterstützen.

Zugleich liegt in der Reform dieser bestehenden Strukturen großes Potenzial. Insbesondere internationale Kooperation bei der Besteuerung sowie neue Instrumente nach dem Verursacherprinzip könnten zusätzliche, vorhersagbare öffentliche Ressourcen erschließen – und dabei auf Emissions- und Gerechtigkeitsziele einzahlen. Ein Win-Win also. Auch wenn Just-Transition-Aktivitäten ausgehend vom UNFCCC wohl kaum globale Wirtschaftsstrukturen transformieren können, öffnet der Mechanismus dennoch einen Raum, um diese Diskussionen anzustoßen.

Für die deutsche Internationale Zusammenarbeit bietet ein solcher Mechanismus darüber hinaus einen konkreten operativen Mehrwert. Als einer der größten bilateralen Geber und zentraler Akteur im Bereich Just Transition kann Deutschland von einer Systematisierung bestehender Finanzierungsströme profitieren.¹⁴ Eine strukturierte Übersicht über Bedarfe, Lücken und Redundanzen ermöglicht es, begrenzte Mittel entlang nachweisbarer Bedarfslücken einzusetzen, anstatt nach

¹² https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Informal_Summary_Report_of_the_Second_Dialogue_under_the_UAE_JTWP.pdf.

¹³ <https://unctad.org/news/global-public-debt-hit-record-102-trillion-2024-striking-developing-countries-hardest>.

¹⁴ <https://donortracker.org/topics/climate>.

Geberpräferenzen. Damit lässt sich strukturell vermeiden, was an den sogenannten *Just Energy Transition Partnerships* (JETPs) vielfach zu Recht kritisiert wurde: mangelnde Geberkoordination, ein Übergewicht von Krediten gegenüber Zuschüssen und eine unzureichende Einbindung zivilgesellschaftlicher und gewerkschaftlicher Akteure in Finanzierungsentscheidungen.¹⁵ Dieser Effizienzgewinn allein adressiert die strukturellen Finanzierungslücken jedoch nicht hinreichend. Die Reform der internationalen Finanzarchitektur bleibt unabdingbar. Auch hier kann Deutschland eine aktivere Rolle übernehmen.

¹⁵ <https://justtransitionfinance.org/wp-content/uploads/2025/11/Just-Energy-Transition-Partnership-grants-and-country-platforms-lessons-from-Indonesia-and-South-Africa.pdf>.

4.

Die Relevanz des Just-Transition-Mechanismus für die internationale Zusammenarbeit Deutschlands

In den letzten Jahren sind auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene verschiedenste Initiativen zum Thema Just Transition entstanden. So gab es auf der COP24 im polnischen Kattowitz im Jahr 2018 eine erste gemeinsame hochrangige politische Erklärung – die sogenannte *Silesia Declaration for Just Transition*.¹⁶ Dieses stärkere politische Momentum für Just Transition zeigte sich auch an weiteren Initiativen in den Folgejahren auf den internationalen Klimakonferenzen und darüber hinaus. Hierzu zählen z. B. die *Climate Action for Jobs Initiative* der ILO von 2019¹⁷ oder der *Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions* der UN aus dem Jahr 2021.¹⁸

Unterschiedliche Akteure wie die G20, die EU oder multilaterale Entwicklungsbanken haben sich vermehrt mit diesem Thema beschäftigt. Gleichzeitig integriert ein Großteil der Länder bereits heute Just-Transition-Elemente in ihre nationale Klimapläne. Dies zeugt von einem wachsenden Bewusstsein, dass die Klimapolitik nicht nur aus technischer Perspektive begleitet wird, sondern zunehmend auch die damit notwendigerweise zusammenhängenden sozialen Belange in den Fokus rücken. Allerdings bestehen starke Differenzen in der Umsetzung und in den zugrunde liegenden Prinzipien.

Auf EU-Ebene gibt es als Teil des Green New Deal in Europa einen sogenannten Just-Transition-Mechanismus und einen entsprechenden Fonds, der für EU-Mitgliedsstaaten Zuschüsse für Fort- und Weiterbildung, Unterstützung für kleine und mittlere Firmen im Übergang sowie ökonomische Diversifizierung bereitstellt. Gleichzeitig gibt es Länder, die bereits jetzt auf nationaler Ebene Champions im Bereich Just Transition sind, wie zum Beispiel Südafrika, Schottland, Spanien oder Chile. Sie alle sind Beispiele für die erfolgreiche Institutionalisierung und systematische Herangehensweise an den Prozess des gerechten Übergangs auf nationaler und regionaler Ebene – sei es Schottlands Just-Transition-Kommission, das Institut für Just Transition in Spanien oder Südafrikas *Presidential Climate Commission*. Diese Beispiele illustrieren, dass Koordinierung durch gezielte Institutionen für Just Transition entscheidend ist.

Die JETPs mit Südafrika, Senegal, Indonesien und Vietnam sind das bislang prominenteste Beispiel für internationale

Governance im Bereich Just Transition. Sie sind ein Finanzierungs- und Kooperationsinstrument, das die G7 auf der COP26 in Glasgow ins Leben gerufen haben, um Länder im Globalen Süden bei der Dekarbonisierung durch finanzielle und technische Hilfe zu unterstützen. Das Besondere an ihnen ist, dass die Geber dabei gemeinsam vorgehen, um ihre Unterstützung miteinander abzustimmen, und sie können so weitaus mehr finanzielle Mittel hebeln.¹⁹

Fragmentierte Praxis: Viele Initiativen, fehlende Kohärenz

Trotz der wachsenden politischen Aufmerksamkeit bleibt die Umsetzung von Just Transition auf internationaler Ebene bislang fragmentiert. Unzählige Initiativen, allen voran die JETPs, werden zwar oft auf den internationalen Klimakonferenzen angestoßen und vorangebracht, sind aber nicht Teil der Abkommen der UN-Klimarahmenkonvention und unterliegen nicht denselben völkerrechtlichen Verpflichtungen wie diese. Sie müssen sich daher nicht an die in der UN verbrieften Prinzipien und Verpflichtungen wie das Prinzip der »Common, but Differentiated Responsibilities« halten, das die besondere Verantwortung für die Industrieländer bei der Bekämpfung der Klimakrise hervorhebt. Auch die in der Klimarahmenkonvention der UN garantierte Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Beobachtergruppen ist hier nicht gegeben.

Hinzu kommt eine erhebliche Finanzierungslücke. Viele bestehende Instrumente mobilisieren Mittel für Dekarbonisierung, jedoch nur begrenzt explizit für sozialpolitische Begleitmaßnahmen. Ohne gezielte Investitionen in soziale Sicherung, Umschulung, regionale Entwicklung und partizipative Prozesse bleibt Just Transition daher häufig ein politisches Versprechen ohne strukturelle Absicherung.

Ein Problem bei vielen Initiativen ist zudem, dass es eine starke Fragmentierung und Heterogenität gibt. Die verschiedenen Instrumente sind zahlreich, aber nicht besonders kohärent, und es ist unklar, welche wirklich funktionieren, um Maßnahmen für Just Transition erfolgreich umzusetzen. Zudem wurden viele Instrumente auf nationaler Ebene in

¹⁶ <https://www.iddri.org/en/publications-et-evenements/billet-de-blog/declaration-de-silesie-sur-la-transition-juste-la>.

¹⁷ <https://www.ilo.org/resource/climate-action-jobs-initiative>.

¹⁸ <https://www.unglobalaccelerator.org>.

¹⁹ Für eine ausführliche Analyse der JETPs siehe z.B. hier: <https://library.fes.de/pdf-files/international/21387.pdf>.

europäischen Ländern entwickelt und gehen nur unzureichend auf die lokalen Gegebenheiten und Spezifika der Länder außerhalb Europas ein. Sie fokussieren beispielweise übermäßig auf den Kohleausstieg sowie den Energiesektor, was für andere Länder mitunter weniger relevant ist. Zudem werden lokale betroffene Gruppen, die besonders vulnerabel sind, oft nicht wirklich eingebunden und Instrumente, die bisher entwickelt wurden, finden für sie oft nur bedingt Anwendung.

Das Potenzial des Mechanismus für Just Transition

Der JTM bietet die historische Chance, bestehende Initiativen zu bündeln, Synergien zu schaffen und eine kohärente internationale Architektur für gerechte Übergänge zu etablieren. Er bietet eine zentrale Möglichkeit, um globale Kooperation für Just Transition zu fördern und die Vereinten Nationen als wichtigen Rahmen für die Operationalisierung hierfür zu etablieren. Nur so können Silos aufgebrochen und ein gemeinsames, globales Verständnis für Just Transition geschaffen werden.

Ein wirksamer Mechanismus könnte dabei dazu beitragen, folgendes Potenzial zu hebeln:

- **Gemeinsame internationale Prinzipien:** Durch den JTM wäre sichergestellt, dass Just Transition mit den Zielen und Prinzipien der UN übereinstimmt und die Rechte und Partizipation von betroffenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt. Bei anderen Initiativen außerhalb der UN wie vor allem den JETPs war es beispielsweise nicht möglich, einen gleichberechtigten Austausch zwischen den Partner- und den Geberländern zu schaffen. Zugleich könnte ein JTM wirklich partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der so oft beschworenen »Augenhöhe« voranbringen. Ein gemeinsames, globales Verständnis von gerechten Übergängen kann dabei nur erreicht werden, wenn es einen Austausch auf internationaler Ebene gibt, damit diese nicht als unfair oder einseitig empfunden werden.
- **Globale Koordinationsplattform:** Durch den JTM könnten Initiativen für Just Transition, die auf vielfältige Weise bereits existieren, kohärent und praxisorientiert gestaltet werden, um durch verbesserte Koordination auf internationaler Ebene effektiver vorzugehen. So könnte die aktuelle Fragmentierung durch verschiedene Initiativen vermieden werden – und in Zeiten knapper Kassen Kräfte gebündelt werden. Dies kann entscheidend dazu beitragen, Lücken zu schließen und Dopplungen abzubauen, und somit Qualität und Effektivität erhöhen.
- **Austausch und systematisches Monitoring:** Ein regelmäßiger Austausch zu den Initiativen sowie deren Monitoring sind ebenfalls wichtige Faktoren. Nur so kann letztlich – gemessen an den zu entwickelnden gemeinsamen

Prinzipien – analysiert werden, welche Maßnahmen für Just Transition tatsächlich erfolgreich sind und welche Erfahrungen mit unterschiedlichen Modellen gemacht wurden.

- **Transparente Erfassung und Bündelung von Finanzierungsströmen:** Gezielte Finanzierung für Just Transition ein sehr wichtiges Element, das aktuell oft vernachlässigt wird. Es wird nicht erfasst, welcher Teil von Klimafinanzierung zu Just-Transition-Maßnahmen genutzt wird und welche Finanzierungsinstrumente hierfür wirkungsvoll sind. Dieses Defizit könnte der neue Mechanismus adressieren und mehr Klarheit durch Bündelung und Monitoring der Finanzflüsse für Just Transition schaffen. So könnte die Finanzierung zugleich effizienter und effektiver werden.
- **Integration weiterer relevanter Sektoren:** Durch das JTM kann ein systematischer Austausch zu den vielfältigen Sektoren stattfinden, die für Just Transition relevant sind – und die weit über den Energiesektor hinausgehen. Hier sind allem voran Ernährungssicherheit und Landwirtschaft von herausragender Bedeutung, vor allem für viele Länder im Globalen Süden. Zudem werden kritische und seltene Rohstoffe, insbesondere für die Gerechtigkeitsaspekte der Transformation relevant. Auch wenn dieser Sektor nicht Teil des aktuellen Mandats des JTWP ist, so könnte dieses Mandat in einem zweiten Schritt dahingehend weiterentwickelt werden. Synergien mit anderen Fragen der nachhaltigen Entwicklung und der internationalen Zusammenarbeit könnten durch den JTM insgesamt besser und stärker genutzt werden.
- **Berücksichtigung von strukturellen Ungleichheiten und Förderung von Süd-Süd-Kooperationen:** Darüber hinaus kann der JTM helfen, strukturelle Ungleichheiten stärker zu adressieren, die aus kolonialen Kontinuitäten, asymmetrischen Handelsbeziehungen und globalen Wertschöpfungsketten resultieren. Gerechte Übergänge sind ohne Berücksichtigung globaler Macht- und Verteilungsfragen nicht denkbar. Hier ist ein Best-Practice-Austausch zwischen Ländern des Globalen Südens wertvoll. Diese haben ähnliche Herausforderungen zu überwinden, wie hohe Schulden, geringe institutionelle Kapazität oder auch wirtschaftliche Abhängigkeiten.

Bedeutung für die internationale Zusammenarbeit Deutschlands

Deutschland ist bereits heute im Bereich Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere bei der Unterstützung für Just Transition auf internationaler Ebene ein besonders wichtiger, wenn nicht gar der wichtigste bilaterale staatliche Akteur. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie die Inter-

nationale Klimaschutzinitiative (IKI) sind an vielen Stellen bereits ein wichtiger Partner der ILO.²⁰ Durch eine starke Sozialpartnerschaft, sozialen Dialog und die entsprechenden Erfahrungen damit kann Deutschland hierzu viel beitragen.

Im Januar 2026 hat das BMZ unter dem Titel *Zukunft zusammen global gestalten* ein Strategiepapier für eine umfassende Strukturreform des Ministeriums veröffentlicht.²¹ Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen soll die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dadurch fokussierter, partnerschaftlicher und strategischer werden. Diese neue BMZ-Strategie betont Multilateralismus, Gerechtigkeit, Kooperation und kohärente Instrumente. Sie orientiert sich an der UN-Zukunftscharta, der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Klimaabkommen. Der JTM bietet die Möglichkeit, zentrale Elemente der strategischen Neuausrichtung umzusetzen:

- **Verankerung sozialer Standards in zentralen Handlungsfeldern:** Alle vier Handlungsfelder der neuen Strategie (Bekämpfung von Armut, Hunger und Ungleichheit, Sicherung von Frieden und Stabilität, wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie strategische Allianzen für globale Zusammenarbeit) sind entscheidend für die Umsetzung von Just Transition: sei es bei der Ernährungssicherung, der Sicherung und dem Ausbau qualitativ hochwertiger Beschäftigung und nachhaltigen Wertschöpfungsketten oder dem Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsmodelle. Gleichzeitig kann Stabilität nicht gesichert und die Beendigung von Armut, Hunger und Ungleichheit nicht ohne den holistischen Just-Transition-Ansatz und die Bewältigung der Klimakrise erreicht werden.
- **Erhöhung der Kohärenz und Profilschärfung deutscher Klima- und Entwicklungspolitik:** Die neue Strategie zielt auch darauf ab, die Kohärenz der internationalen Zusammenarbeit zu verbessern und das Profil des BMZ über thematische und regionale Schwerpunkte zu schärfen. Der JTM bietet genau diese Chance der verstärkten thematischen Zusammenarbeit in einem strategisch bedeutsamen Bereich. Auch eine bessere Verzahnung und engere Abstimmung kann durch den JTM vereinfacht werden, da so die konkreten Projekte und Bedarfe ermittelt und Wissensaustausch verstärkt werden kann.
- **Ausbau strategischer Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens:** Die Strategie sieht auch vor, dass das BMZ partnerschaftlicher werden soll. Neue Partnerschaften mit Ländern im Globalen Süden könnten sich an zentralen Leitlinien für Just Transition orientieren, wie es Südafrika und Brasilien bereits gefordert haben. Durch ein gemeinsames Verständnis von Just Transition und einer starken Verankerung von sozialer Gerechtigkeit

könnte man dadurch die oft beschworenen Partnerschaften »auf Augenhöhe« in die Realität umsetzen.

- **Stärkung des Multilateralismus in geopolitisch fragmentierten Zeiten:** Just Transition sollte eines der strategischen Kriterien sein, die das BMZ für die multilaterale Zusammenarbeit und beispielweise die Beteiligung an Fonds und anderen Initiativen anlegt. Dadurch kann das BMZ, wie in der Strategie gefordert, gezielt multilaterale Zusammenarbeit stärken – in der Klimapolitik als einem der Fokussektoren des BMZ.

²⁰ Der Kompass für Just Transition gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung von Just Transition als Begriff sowie der Implementierung von Just-Transition-Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene inklusive der vielfältigen Initiativen des BMZ: https://www.international-climate-initiative.com/fileadmin/iki/Dokumente/Publikationen/Projekte/23_I_519/2025112_JT-COMPASS-FULL_REPORT-FINAL.pdf.

²¹ <https://www.bmz.de/resource/blob/282486/reformplan-zukunft-zusammen-global-gestalten.pdf>.

5. Fazit

Die ökologische Transformation wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie gerecht gestaltet wird. Der internationale Just-Transition-Mechanismus bietet die Chance, soziale Gerechtigkeit systematisch in die globale Klimagovernance zu integrieren. Er ist kein administrativer Zusatzaufwand, sondern ein einzigartiger strategischer Hebel für effektivere, gerechtere und politisch tragfähige Klimapolitik weltweit. Er kann Fragmentierung überwinden, Finanzierung strukturieren, Rechenschaftspflicht stärken und globale Kooperation vertiefen. Deutschland ist bereits an vielen Stellen in diese Arbeit involviert, u. a. in direkter Zusammenarbeit mit der ILO.

Ein starker JTM setzt dabei ein klares Signal: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar miteinander verbunden. Ohne Gerechtigkeit im Klimaschutz ist auch kein ambitionierter Klimaschutz möglich. Deutschland sollte diese Chance nutzen und den Mechanismus aktiv mitgestalten, und dadurch langfristig das volle Potenzial des Mechanismus strategisch nutzen – im Interesse einer nachhaltigen, gerechten und kooperativen Weltordnung. Eine rein nationale Umsetzung von Just Transition würde wichtige und vor allem strukturelle Dynamiken wie auch historische Ungleichheiten ignorieren, die im globalen System verankert sind – und so letztlich ein ambitioniertes und entschlossenes Vorgehen verhindern. Die Verankerung eines globalen Mechanismus für Just Transition auf multilateraler Ebene der UN-Klimarahmenkonvention ist zudem ein sehr wichtiges politisches Zeichen in einer Zeit extremer geopolitischer Anspannung und Fragmentierung, in der Multilateralismus und Klimaschutz zunehmend in Frage gestellt werden.

Deutschland sollte diese Entwicklung daher aktiv prägen. Denn langfristige Klimastabilität, globale Kooperation und wirtschaftliche Resilienz sind untrennbar miteinander verbunden. Für die deutsche Bundesregierung ergeben sich daraus folgende Empfehlungen:

→ **Aktive und progressive Rolle in den JTM-Verhandlungen einnehmen:** Klimadiplomatisch sollte Deutschland eine aktive und führende Rolle in den laufenden Verhandlungen zum JTM einnehmen, an dessen Erarbeitung konstruktiv und progressiv mitwirken, sich für eine zentrale Rolle der ILO, umfassende zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Partizipationsrechte einsetzen sowie verbindliche Prinzipien, Monitoring-Mechanismen und Finanzierungsinstrumente unterstützen.

→ **Integration in die internationale Zusammenarbeit Deutschlands:** Deutschland sollte die Integration von Prinzipien für Just Transition in bestehende Initiativen auf internationaler Ebene wie zum Beispiel JETPs oder auf EU-Ebene im Global Gateway vorantreiben. Langfristig sollte Just Transition darüber hinaus zu einem strategischen Leitmotiv deutscher Klimaaußenpolitik und globaler Zusammenarbeit werden. Nicht als Zusatzthema, sondern als Querschnittsprinzip, das Klimaschutz, Entwicklung, soziale Stabilität und wirtschaftliche Transformation systematisch verbindet. All diese Elemente sind bereits in der neuen BMZ-Strategie angelegt. Dies würde sich künftig auf zahlreiche von Deutschland unterstützte Projekte auswirken, nicht nur im Rahmen bi- und multilateraler Klima- und Energiepartnerschaften, sondern auch mit Blick auf die Arbeit der neu entstehenden Nord-Süd-Kommission.

→ **Just Transition auch auf nationaler Ebene umsetzen:** Um international als glaubwürdiger Partner wahrgenommen zu werden, muss die Bundesregierung auch national und auf EU-Ebene Maßnahmen für Just Transition wie ein sozial gestaffeltes Klimageld regionale Strukturpolitik oder soziale Sicherungssysteme voranbringen. So wird Akzeptanz für eine ambitionierte Klimapolitik geschaffen. Das stärkt die außenpolitische Handlungsfähigkeit und erhöht die Glaubwürdigkeit auf internationaler Ebene. Hier sollte vor allem die Sozialdemokratie als Verfechterin eines sozial gerechten Klimaschutzes eine prioritäre Rolle einnehmen.

Literaturverzeichnis

Blos, Yvonne/Hirsch, Thomas (2024): Just Energy Transition Partnerships and Beyond, <https://library.fes.de/pdf-files/international/21387.pdf>, zuletzt abgerufen am 6.3.2026.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (o. J.): Sonderinitiative Gute Beschäftigung und sozial gerechter Wandel, <https://www.bmz.de/de/themen/sonderinitiative-gute-beschaeftigung-sozial-gerechter-wandel>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2026): Zukunft zusammen global gestalten, <https://www.bmz.de/resource/blob/282486/reformplan-zukunft-zusammen-global-gestalten.pdf>, zuletzt abgerufen am 6.3.2026.

Climate Action Network International (2025): 1,000 organisations call for a people-centred Just Transition at COP30, <https://climatenetwork.org/2025/11/10/1000-organisations-call-for-a-people%E2%80%91centred-just-transition-at-cop30/>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

Climate Action Network International (2025): Discussion Paper Belém Action Mechanism October 2025, <https://climatenetwork.org/resource/discussion-paper-belem-action-mechanism-october-2025/>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

Donor Tracker (2026): Issue: Climate, <https://donortracker.org/topics/climate>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

Germanwatch (2025): Die neue Natur der COPs, <https://www.germanwatch.org/de/blog/die-neue-natur-der-cops>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

International Labour Organization (2026): Mapping NDC 3.0 global trends, <https://www.ilo.org/sites/default/files/2026-01/Mapping%20NDC%203.0.%20global%20trends.pdf>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

International Labour Organization (2019): Climate Action for Jobs Initiative, <https://www.ilo.org/resource/climate-action-jobs-initiative>, zuletzt abgerufen am 6.3.2026.

International Labour Organization (2016): Guidelines for a Just Transition towards environmentally sustainable economies and societies for all, <https://www.ilo.org/publications/guidelines-just-transition-towards-environmentally-sustainable-economies>, zuletzt abgerufen am 6.3.2026.

Just Transition Finance (2025): Just Energy Transition Partnership grants and country platforms: lessons from Indonesia and South Africa, <https://justtransitionfinance.org/wp-content/uploads/2025/11/Just-Energy-Transition-Partnership-grants-and-country-platforms-lessons-from-Indonesia-and-South-Africa.pdf>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026

Korber Gonçalves, V., Klinky, S., Medeiros Rocha Frasson, C., et al. (2025): The Just Transition Compass – A Framework for Action and International Coordination, https://www.international-climate-initiative.com/fileadmin/iki/Dokumente/Publicationen/Projekte/23_I_519/2025112_JT-COMPASS-FULL_REPORT-FINAL.pdf, zuletzt abgerufen am 6.3.2026.

Levai, David/Vallejo, Lola (2018): The Just Transition Silesia Declaration – Stepping up the transition and anticipating the redevelopment needs, <https://www.iddri.org/en/publications-et-evenements/billet-de-blog/declaration-de-silesie-sur-la-transition-juste-la>, zuletzt abgerufen am 6.3.2026

NDC Partnership (2025): Just Transition Insight Brief, <https://ndcpartnership.org/sites/default/files/2025-12/just-transition-insight-brief.pdf>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

Scott, Matthew / Kennedy, Kelli (2022): COP27 – Just Transition-Washing?, <https://social-policy.org.uk/spa-blog/cop27-just-transition-washing/>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

United Nations (o. J.): Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions, <https://www.unglobalaccelerator.org/>, zuletzt abgerufen am 6.3.2026.

United Nations Conference on Trade and Development (2025): Global public debt hit record \$102 trillion in 2024, striking developing countries hardest, <https://unctad.org/news/global-public-debt-hit-record-102-trillion-2024-striking-developing-countries-hardest>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

United Nations Framework Convention on Climate Change (2025): Informal Summary Report of the Second Dialogue under the UAE JTWP, https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Informal_Summary_Report_of_the_Second_Dialogue_under_the_UAE_JTWP.pdf, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

United Nations Framework Convention on Climate Change (2024): UAE Just Transition Work Programme, https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma7_5_UAE%20JTWP_auv.pdf, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

World Economic Forum (2025): Green Transition to add 9.6 Million Jobs Globally by 2030, but Risks Creating New Economic Divides, <https://www.weforum.org/press/2025/11/green-transition-to-add-9-6-million-jobs-globally-by-2030-but-risks-creating-new-economic-divides-a8aea0c5f1/>, zuletzt abgerufen am 12.03.2026.

Über die Autorinnen

Yvonne Bloss ist Politikwissenschaftlerin und Referentin für globale Kooperation und Klimagerechtigkeit im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Zuvor leitete sie das regionale Klimaprojekt der FES in Asien mit Sitz in Vietnam und war für den Bereich Monitoring und Evaluierung in der internationalen Arbeit der FES zuständig.

Carmen Wabnitz ist Ko-Leiterin der Just-Transition-Arbeitsgruppe von YOUNGO, der offiziellen Jugendvertretung im UNFCCC. In dieser Funktion hatte sie eine leitende Rolle in der Kampagne zum Just-Transition-Mechanismus. Zudem ist sie Vorstandsmitglied der Klimadelegation e. V. Aktuell absolviert sie ihr Freiwilliges Soziales Jahr bei Germanwatch im Bereich Klimafinanzierung.

Der Just-Transition-Mechanismus – Strategischer Hebel für sozial gerechte Übergänge weltweit

Just Transition bezeichnet die sozial gerechte Gestaltung tiefgreifender Transformationsprozesse hin zu Klimaneutralität und nachhaltiger Entwicklung. Politisch ist Just Transition heute weit mehr als ein sozialpolitischer Zusatz. Sie ist eine strategische Voraussetzung für ambitionierten Klimaschutz. Ohne soziale Abfederung, faire Lastenverteilung und Beteiligung der Betroffenen drohen Akzeptanzverluste, politische Blockaden und gesellschaftliche Polarisierung.

Obwohl parallel zu den UN-Verhandlungen zahlreiche Initiativen zu Just Transition entstanden sind, fehlt es bislang an global abgestimmten Kriterien, kohärenter Finanzierung, systematischem Monitoring und Koordinierung. Mit der Einrichtung des Just Transition Work Programme (JTWP) auf der internationalen Klimakonferenz COP27 wurde erstmals ein offizieller Prozess zu diesem Thema im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen geschaffen. Auf der COP30 wurde schließlich beschlossen, einen Just-Transition-Mechanismus (JTM) zu entwickeln. Der JTM hat das Potenzial, Just Transition von einer diskursiven Leitidee zu einem operativen Koordinierungsrahmen weiter zu entwickeln.

Deutschland sollte sich aktiv und konstruktiv an der Ausgestaltung des JTM beteiligen. Er ist kein zusätzlicher bürokratischer Aufwand, sondern ein strategisches Instrument zur Steigerung von Effektivität, Legitimität und Kohärenz internationaler Klimapolitik. Denn ohne sozial gerechte Klimapolitik lässt sich auch keine ambitionierte Klimapolitik erreichen.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ [fes.de](https://www.fes.de)